

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/7038, 13/7446 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sortenschutzgesetzes

A. Problem

Zur Ratifizierung des im Jahr 1991 revidierten Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV-Übereinkommen) für die Bundesrepublik Deutschland und zur nationalen Umsetzung der EG-Verordnung über den gemeinschaftlichen Sortenschutz ist eine Anpassung des Sortenschutzgesetzes an die neuen Regelungen erforderlich, die zu einer Verbesserung der Schutzrechte für Pflanzenzüchter führen.

B. Lösung

Das Sortenschutzgesetz wird an das UPOV-Übereinkommen und die EG-Verordnung über den gemeinschaftlichen Sortenschutz angepaßt. Darüber hinaus werden redaktionelle Folgeänderungen vorgenommen.

Mehrheitliche Annahme im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Durch die vorgesehenen Änderungen des Sortenschutzgesetzes entstehen Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber der bisherigen Rechtslage keine Mehrkosten, weil ihnen durch dieses Gesetz keine zusätzlichen Aufgaben übertragen werden.

E. Sonstige Kosten

Die Nachbauregelung führt bei Pflanzenzüchtern, die in der Vergangenheit aufgrund des Nachbaus sinkende Einnahmen hatten, zu Mehreinnahmen und ermöglicht eine neue Kalkulation der Saatgutpreise. Für landwirtschaftliche Betriebe, die Nachbau betreiben, entstehen zunächst zusätzliche Kosten. Da nicht absehbar ist, in welchem Umfang künftig von der Nachbauregelung Gebrauch gemacht wird, lassen sich Kosten, die bei landwirtschaftlichen Unternehmen und Pflanzenzüchtern entstehen, nicht quantifizieren.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 13/7038 – in der nachstehenden
Fassung anzunehmen.

Bonn, den 14. Mai 1997

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Dr. Gerald Thalheim
Berichtersteller

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sortenschutzgesetzes

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Sortenschutzgesetzes

Das Sortenschutzgesetz vom 11. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2170), zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird der bisherige Wortlaut Absatz 1, und nach diesem wird folgender Absatz angefügt:

„(2) Für eine Sorte, die Gegenstand eines gemeinschaftlichen Sortenschutzes ist, wird ein Sortenschutz nach diesem Gesetz nicht erteilt.“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer eingefügt:

„1a. Sorte: eine Gesamtheit von Pflanzen oder Pflanzenteilen, soweit aus diesen wieder vollständige Pflanzen gewonnen werden können, innerhalb eines bestimmten Taxons der untersten bekannten Rangstufe, die, unabhängig davon, ob sie den Voraussetzungen für die Erteilung eines Sortenschutzes entspricht,

- a) durch die sich aus einem bestimmten Genotyp oder einer bestimmten Kombination von Genotypen ergebende Ausprägung der Merkmale definiert,

- b) von jeder anderen Gesamtheit von Pflanzen oder Pflanzenteilen durch die Ausprägung mindestens eines dieser Merkmale unterschieden und

- c) hinsichtlich ihrer Eignung, unverändert vermehrt zu werden, als Einheit angesehen

werden kann,“.

- b) Nummer 6 wird wie folgt gefaßt:

„6. Verbandsmitglied: Staat, der, oder zwischenstaatliche Organisation, die Mitglied des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen ist.“

3. Die §§ 3 bis 6 werden wie folgt gefaßt:

„§ 3

Unterscheidbarkeit

(1) Eine Sorte ist unterscheidbar, wenn sie sich in der Ausprägung wenigstens eines maßgebenden Merkmals von jeder anderen am Antragstag allgemein bekannten Sorte deutlich unterscheiden läßt. Das Bundessortenamt teilt auf Anfrage für jede Art die Merkmale mit, die es für die

Unterscheidbarkeit der Sorten dieser Art als maßgebend ansieht; die Merkmale müssen genau erkannt und beschrieben werden können.

(2) Eine Sorte ist insbesondere dann allgemein bekannt, wenn

1. sie in ein amtliches Verzeichnis von Sorten eingetragen worden ist,
2. ihre Eintragung in ein amtliches Verzeichnis von Sorten beantragt worden ist und dem Antrag stattgegeben wird oder
3. Vermehrungsmaterial oder Erntegut der Sorte bereits zu gewerblichen Zwecken in den Verkehr gebracht worden ist.

§ 4

Homogenität

Eine Sorte ist homogen, wenn sie, abgesehen von Abweichungen auf Grund der Besonderheiten ihrer Vermehrung, in der Ausprägung der für die Unterscheidbarkeit maßgebenden Merkmale hinreichend einheitlich ist.

§ 5

Beständigkeit

Eine Sorte ist beständig, wenn sie in der Ausprägung der für die Unterscheidbarkeit maßgebenden Merkmale nach jeder Vermehrung oder, im Falle eines Vermehrungszyklus, nach jedem Vermehrungszyklus unverändert bleibt.

§ 6

Neuheit

(1) Eine Sorte gilt als neu, wenn Pflanzen oder Pflanzenteile der Sorte mit Zustimmung des Berechtigten oder seines Rechtsvorgängers vor dem Antragstag nicht oder nur innerhalb folgender Zeiträume zu gewerblichen Zwecken an andere abgegeben worden sind:

1. innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein Jahr,
2. außerhalb der Europäischen Gemeinschaft vier Jahre, bei Rebe (*Vitis L.*) und Baumarten sechs Jahre.

(2) Die Abgabe

1. an eine amtliche Stelle auf Grund gesetzlicher Regelungen,
2. an Dritte auf Grund eines zwischen ihnen und dem Berechtigten bestehenden Vertrages oder sonstigen Rechtsverhältnisses ausschließlich zum Zweck der Erzeugung, Vermehrung, Aufbereitung oder Lagerung für den Berechtigten,

3. zwischen Gesellschaften im Sinne von Artikel 58 Abs. 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, wenn eine von ihnen vollständig der anderen gehört oder beide vollständig einer dritten Gesellschaft dieser Art gehören; dies gilt nicht für Genossenschaften,
 4. an Dritte, wenn die Pflanzen oder Pflanzenteile zu Versuchszwecken oder zur Züchtung neuer Sorten gewonnen worden sind und bei der Abgabe nicht auf die Sorte Bezug genommen wird,
 5. zum Zweck des Ausstellens auf einer amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellung im Sinne des Abkommens über Internationale Ausstellungen vom 22. November 1928 (Gesetz vom 5. Mai 1930, RGBl. 1930 II S. 727) oder auf einer von einem Vertragsstaat als gleichwertig anerkannten Ausstellung in seinem Hoheitsgebiet oder eine Abgabe, die auf solche Ausstellungen zurückgeht,
- steht der Neuheit nicht entgegen.
- (3) Vermehrungsmaterial einer Sorte, das fortlaufend für die Erzeugung einer anderen Sorte verwendet wird, gilt erst dann als abgegeben im Sinne von Absatz 1, wenn Pflanzen oder Pflanzenteile der anderen Sorte abgegeben worden sind."
4. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 3 wird wie folgt gefaßt:

„3. ausschließlich aus Zahlen besteht, soweit sie nicht für eine Sorte Verwendung findet, die ausschließlich für die fortlaufende Erzeugung einer anderen Sorte bestimmt ist,“.
 - bb) In Nummer 4 wird das Wort „Verbandsstaat“ durch die Worte „von einem anderen Verbandsmitglied“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „Verbandsstaat“ durch die Worte „von einem anderen Verbandsmitglied“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 werden die Worte „von Organen der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Worte „der Europäischen Gemeinschaft“ ersetzt.
 5. In § 8 Abs. 1 wird Satz 3 gestrichen.
 6. § 10 wird wie folgt gefaßt:

„§ 10

Wirkung des Sortenschutzes

(1) Vorbehaltlich der §§ 10a und 10b hat der Sortenschutz die Wirkung, daß allein der Sortenschutzinhaber berechtigt ist,

1. Vermehrungsmaterial der geschützten Sorte
 - a) zu erzeugen, für Vermehrungszwecke aufzubereiten, in den Verkehr zu bringen, ein- oder auszuführen oder

b) zu einem der unter Buchstabe a genannten Zwecke aufzubewahren,

2. Handlungen nach Nummer 1 vorzunehmen mit sonstigen Pflanzen oder Pflanzenteilen oder hieraus unmittelbar gewonnenen Erzeugnissen, wenn zu ihrer Erzeugung Vermehrungsmaterial ohne Zustimmung des Sortenschutzinhabers verwendet wurde und der Sortenschutzinhaber keine Gelegenheit hatte, sein Sortenschutzrecht hinsichtlich dieser Verwendung geltend zu machen.

(2) Die Wirkung des Sortenschutzes nach Absatz 1 erstreckt sich auch auf Sorten,

1. die von der geschützten Sorte (Ausgangssorte) im wesentlichen abgeleitet worden sind, wenn die Ausgangssorte selbst keine im wesentlichen abgeleitete Sorte ist,
2. die sich von der geschützten Sorte nicht deutlich unterscheiden lassen oder
3. deren Erzeugung die fortlaufende Verwendung der geschützten Sorte erfordert.

(3) Eine Sorte ist eine im wesentlichen abgeleitete Sorte, wenn

1. für ihre Züchtung oder Entdeckung vorwiegend die Ausgangssorte oder eine andere Sorte, die selbst von der Ausgangssorte abgeleitet ist, als Ausgangsmaterial verwendet wurde,
2. sie deutlich unterscheidbar ist und
3. sie in der Ausprägung der Merkmale, die aus dem Genotyp oder einer Kombination von Genotypen der Ausgangssorte herrühren, abgesehen von Unterschieden, die sich aus der verwendeten Ableitungsmethode ergeben, mit der Ausgangssorte im wesentlichen übereinstimmt."

7. Nach § 10 werden die folgenden Paragraphen eingefügt:

„§ 10a

Beschränkung der Wirkung des Sortenschutzes

(1) Die Wirkung des Sortenschutzes erstreckt sich nicht auf Handlungen nach § 10 Abs. 1

1. im privaten Bereich zu nicht gewerblichen Zwecken,
2. zu Versuchszwecken, die sich auf die geschützte Sorte beziehen,
3. zur Züchtung neuer Sorten sowie in § 10 Abs. 1 genannte Handlungen mit diesen Sorten mit Ausnahme der Sorten nach § 10 Abs. 2.

(2) Die Wirkung des Sortenschutzes erstreckt sich ferner nicht auf Erntegut, das ein Landwirt durch Anbau von Vermehrungsmaterial einer geschützten Sorte der in dem Verzeichnis der Anlage aufgeführten Arten mit Ausnahme von Hybriden und synthetischen Sorten im eigenen Betrieb gewonnen hat und dort als Vermehrungsmaterial verwendet (Nachbau), soweit der Landwirt seinen in den Absätzen 3 und 6 festgelegten Verpflichtungen nachkommt. Zum Zwecke des Nachbaus kann das Erntegut durch den Landwirt

oder ein von ihm hiermit beauftragtes Unternehmen (Aufbereiter) aufbereitet werden.

(3) Ein Landwirt, der von der Möglichkeit des Nachbaus Gebrauch macht, ist dem Inhaber des Sortenschutzes zur Zahlung eines angemessenen Entgelts verpflichtet. Ein Entgelt gilt als angemessen, wenn es deutlich niedriger ist als der Betrag, der im selben Gebiet für die Erzeugung von Vermehrungsmaterial derselben Sorte auf Grund eines Nutzungsrechts nach § 11 vereinbart ist.

(4) Den Vereinbarungen zwischen Inhabern des Sortenschutzes und Landwirten über die Angemessenheit des Entgelts können entsprechende Vereinbarungen zwischen deren berufsständischen Vereinigungen zugrunde gelegt werden. Sie dürfen den Wettbewerb auf dem Saatgutsektor nicht ausschließen.

(5) Die Zahlungsverpflichtung nach Absatz 3 gilt nicht für Kleinlandwirte im Sinne des Artikels 14 Abs. 3 dritter Anstrich der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. EG Nr. L 227 S. 1).

(6) Landwirte, die von der Möglichkeit des Nachbaus Gebrauch machen, sowie von ihnen beauftragte Aufbereiter sind gegenüber den Inhabern des Sortenschutzes zur Auskunft über den Umfang des Nachbaus verpflichtet.

(7) Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Verzeichnis der in der Anlage aufgeführten Arten zu ändern, soweit dies im Interesse einer Anpassung an das Verzeichnis des gemeinschaftlichen Sortenschutzes erforderlich ist.

§ 10 b

Erschöpfung des Sortenschutzes

Der Sortenschutz erstreckt sich nicht auf Handlungen, die vorgenommen werden mit Pflanzen, Pflanzenteilen oder daraus unmittelbar gewonnenen Erzeugnissen (Material) der geschützten Sorte oder einer Sorte, auf die sich der Sortenschutz nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 ebenfalls erstreckt, das vom Sortenschutzinhaber oder mit seiner Zustimmung in den Verkehr gebracht worden ist, es sei denn, daß diese Handlungen

1. eine erneute Erzeugung von Vermehrungsmaterial beinhalten, ohne daß das vorgenannte Material bei der Abgabe hierzu bestimmt war, oder
2. eine Ausfuhr von Material der Sorte, das die Vermehrung der Sorte ermöglicht, in ein Land einschließen, das Sorten der Art, der die Sorte zugehört, nicht schützt; dies gilt nicht, wenn das ausgeführte Material zum Anbau bestimmt ist.

§ 10 c

Ruhen des Sortenschutzes

Wird dem Inhaber eines nach diesem Gesetz erteilten Sortenschutzes für dieselbe Sorte ein gemeinschaftlicher Sortenschutz erteilt, so kön-

nen für die Dauer des Bestehens des gemeinschaftlichen Sortenschutzes Rechte aus dem nach diesem Gesetz erteilten Sortenschutz nicht geltend gemacht werden."

8. § 11 wird wie folgt gefaßt:

„§ 11

Rechtsnachfolge, Nutzungsrechte

(1) Das Recht auf Sortenschutz, der Anspruch auf Erteilung des Sortenschutzes und der Sortenschutz sind auf natürliche und juristische Personen oder Personenhandelsgesellschaften, die die Anforderungen nach § 15 erfüllen, übertragbar.

(2) Der Sortenschutz kann ganz oder teilweise Gegenstand ausschließlicher oder nichtausschließlicher Nutzungsrechte sein.

(3) Soweit ein Nutzungsberechtigter gegen eine Beschränkung des Nutzungsrechts nach Absatz 2 verstößt, kann der Sortenschutz gegen ihn geltend gemacht werden."

9. In § 12 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „Satz 1 Nr. 1 bis 3“ gestrichen.

10. In § 14 Abs. 3 werden die Worte „in einem anderen Verbandsstaat“ durch die Worte „von einem anderen Verbandsmitglied“ ersetzt.

11. § 15 wird wie folgt gefaßt:

„§ 15

Persönlicher Anwendungsbereich

(1) Die Rechte aus diesem Gesetz stehen nur zu

1. Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sowie natürlichen und juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften mit Wohnsitz oder Niederlassung im Inland,
2. Angehörigen eines anderen Vertragsstaates oder Staates, der Verbandsmitglied ist, sowie natürlichen und juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften mit Wohnsitz oder Niederlassung in einem solchen Staat und
3. anderen natürlichen und juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften, soweit in dem Staat, dem sie angehören oder in dem sie ihren Wohnsitz oder eine Niederlassung haben, nach einer Bekanntmachung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bundesgesetzblatt deutschen Staatsangehörigen oder Personen mit Wohnsitz oder Niederlassung im Inland ein entsprechender Schutz gewährt wird.

(2) Wer in einem Vertragsstaat weder Wohnsitz noch Niederlassung hat, kann an einem in diesem Gesetz geregelten Verfahren nur teilnehmen und Rechte aus diesem Gesetz nur geltend machen, wenn er einen Vertreter mit Wohnsitz oder Geschäftsräumen in einem Vertragsstaat (Verfahrensvertreter) bestellt hat."

11a. § 18 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefaßt:

„3. die Änderung der Sortenbezeichnung nach § 30,“.

b) Nummer 4 wird gestrichen.

12. § 20 wird wie folgt gefaßt:

„§ 20

Zusammensetzung der Widerspruchsausschüsse

(1) Die Widerspruchsausschüsse bestehen jeweils aus dem Präsidenten oder einem von ihm bestimmten weiteren Mitglied des Bundessortenamtes als Vorsitzendem, zwei vom Präsidenten bestimmten weiteren Mitgliedern des Bundessortenamtes als Beisitzern und zwei ehrenamtlichen Beisitzern. Von den Mitgliedern des Bundessortenamtes müssen zwei fachkundig und eines rechtskundig sein.

(2) Die ehrenamtlichen Beisitzer werden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für sechs Jahre berufen; Wiederberufung ist zulässig. Scheidet ein ehrenamtlicher Beisitzer vorzeitig aus, so wird sein Nachfolger für den Rest der Amtszeit berufen. Die ehrenamtlichen Beisitzer sollen besondere Fachkunde auf dem Gebiet des Sortenwesens haben. Inhaber oder Angestellte von Zuchtbetrieben oder Angestellte von Züchterverbänden sollen nicht berufen werden. Für jeden ehrenamtlichen Beisitzer wird ein Stellvertreter berufen; die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend.

(3) Die Widerspruchsausschüsse sind bei Anwesenheit des Vorsitzenden und eines Beisitzers, von denen einer rechtskundig sein muß, sowie eines ehrenamtlichen Beisitzers beschlußfähig.“

13. In § 28 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und § 32 Nr. 1 wird jeweils das Wort „wichtigen“ durch das Wort „maßgebenden“ ersetzt.

14. § 30 wird wie folgt gefaßt:

„§ 30

Änderung der Sortenbezeichnung

(1) Eine bei Erteilung des Sortenschutzes eingetragene Sortenbezeichnung ist zu ändern, wenn

1. ein Ausschließungsgrund nach § 7 Abs. 2 oder 3 bei der Eintragung bestanden hat und fortbesteht,
2. ein Ausschließungsgrund nach § 7 Abs. 2 Nr. 5 oder 6 nachträglich eingetreten ist,
3. ein entgegenstehendes Recht glaubhaft gemacht wird und der Sortenschutzinhaber mit der Eintragung einer anderen Sortenbezeichnung einverstanden ist,
4. dem Sortenschutzinhaber durch rechtskräftige Entscheidung die Verwendung der Sortenbezeichnung untersagt worden ist oder

5. einem sonst nach § 14 Abs. 1 zur Verwendung der Sortenbezeichnung Verpflichteten durch rechtskräftige Entscheidung die Verwendung der Sortenbezeichnung untersagt worden ist und der Sortenschutzinhaber als Nebenintervenient am Rechtsstreit beteiligt oder ihm der Streit verkündet war, sofern er nicht durch einen der in § 68 zweiter Halbsatz der Zivilprozeßordnung genannten Umstände an der Wahrnehmung seiner Rechte gehindert war.

Im Falle einer Änderung der Sortenbezeichnung nach Satz 1 Nr. 1 besteht ein Anspruch auf Ausgleich eines Vermögensnachteils nach § 48 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht.

(2) Das Bundessortenamt fordert, wenn es das Vorliegen eines Änderungsgrundes nach Absatz 1 feststellt, den Sortenschutzinhaber auf, innerhalb einer bestimmten Frist eine andere Sortenbezeichnung anzugeben. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann es eine Sortenbezeichnung von Amts wegen festsetzen. Auf Antrag des Sortenschutzinhabers oder eines Dritten setzt das Bundessortenamt eine Sortenbezeichnung fest, wenn der Antragsteller ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht. Für die Festsetzung der anderen Sortenbezeichnung und ihre Bekanntmachung gelten die §§ 24, 25 und 28 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 entsprechend.“

15. In § 31 Abs. 4 Nr. 1 wird die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Abs. 2“ ersetzt.

16. In § 33 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „der Gebührenerhebung“ durch die Worte „des Entstehens und der Erhebung der Gebühren“ ersetzt.

16a. In § 34 Abs. 3 wird die Angabe „§ 30 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 30 Abs. 2“ ersetzt.

17. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. mit Material, das einem Sortenschutz unterliegt, eine der in § 10 Abs. 1 bezeichneten Handlungen vornimmt oder“.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Der Sortenschutzinhaber kann von demjenigen, der zwischen der Bekanntmachung des Antrags und der Erteilung des Sortenschutzes mit Material, das einem Sortenschutz unterliegt, eine der in § 10 Abs. 1 bezeichneten Handlungen vorgenommen hat, eine angemessene Vergütung fordern.“

18. In § 38 wird der bisherige Absatz 5 durch folgenden Absatz ersetzt:

„(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten auch für alle Klagen, durch die ein Anspruch aus einem der in der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. EG Nr. L 227 S. 1) in ihrer jeweils geltenden Fassung geregelten Rechtsverhältnisse geltend gemacht wird.“

19. § 39 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen § 10 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 2, Vermehrungsmaterial einer nach diesem Gesetz geschützten Sorte, eine Pflanze, ein Pflanzenteil oder ein Erzeugnis erzeugt, für Vermehrungszwecke aufbereitet, in den Verkehr bringt, einführt, ausführt oder aufbewahrt oder
2. entgegen Artikel 13 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5, der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. EG Nr. L 227 S. 1) Material einer nach gemeinschaftlichem Sortenschutzrecht geschützten Sorte vermehrt, zum Zwecke der Vermehrung aufbereitet, zum Verkauf anbietet, in den Verkehr bringt, einführt, ausführt oder aufbewahrt.“

20. § 40 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 14 Abs. 1 Vermehrungsmaterial einer nach diesem Gesetz geschützten Sorte in den Verkehr bringt, wenn hierbei die Sortenbezeichnung nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise angegeben ist,
2. entgegen § 14 Abs. 3 eine Sortenbezeichnung einer nach diesem Gesetz geschützten Sorte oder eine mit ihr verwechselbare Bezeichnung für eine andere Sorte derselben oder einer verwandten Art verwendet oder
3. entgegen Artikel 17 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 3, der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. EG Nr. L 227 S. 1) die Bezeichnung einer nach gemeinschaftlichem Sortenschutzrecht geschützten Sorte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet.“

21. § 41 wird wie folgt gefaßt:

- a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt:

„(3) Ist für eine Sorte ein gemeinschaftlicher Sortenschutz erteilt und durch Verzicht beendet worden, ohne daß die Voraussetzungen einer Nichtigerklärung oder Aufhebung vorlagen, so kann innerhalb von drei Monaten nach Wirksamwerden des Verzichts ein Antrag auf Erteilung eines Sortenschutzes nach diesem Gesetz gestellt werden. Für diesen Antrag steht dem Inhaber des gemeinschaftlichen Sortenschutzes oder seinem Rechtsnachfolger der Zeitrang des Antrags auf Erteilung des gemeinschaftlichen Sortenschutzes als Zeitvorrang für den Sortenschutzantrag nach diesem Gesetz zu. Der Zeitvorrang erlischt, wenn der Antragsteller nicht inner-

halb der vorgenannten Frist die Unterlagen über den Antrag auf Erteilung des gemeinschaftlichen Sortenschutzes, seine Erteilung und den Verzicht auf ihn vorlegt. Wird für die Sorte der Sortenschutz nach diesem Gesetz erteilt, so verkürzt sich die Dauer des erteilten Sortenschutzes um die Zahl der vollen Kalenderjahre zwischen der Erteilung des gemeinschaftlichen Sortenschutzes und der Erteilung des Sortenschutzes nach diesem Gesetz.“

- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und nach diesem werden folgende Absätze angefügt:

„(5) Abweichend von § 6 Abs. 1 gilt eine Sorte auch dann als neu, wenn Pflanzen oder Pflanzenteile der Sorte mit Zustimmung des Berechtigten oder seines Rechtsvorgängers vor dem Antragstag nicht oder nur innerhalb folgender Zeiträume zu gewerblichen Zwecken in den Verkehr gebracht worden sind:

1. im Inland ein Jahr,
2. im Ausland vier Jahre, bei Rebe (*Vitis* L.) und Baumarten sechs Jahre,

wenn der Antragstag nicht später als ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Artikels 1 des Gesetzes vom ... (Einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes) liegt.

(6) Die Vorschrift des § 10 Abs. 1 ist nicht auf im wesentlichen abgeleitete Sorten anzuwenden, für die bis zum Inkrafttreten des Artikels 1 des Gesetzes vom ... (Einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes) Sortenschutz beantragt oder erteilt worden ist.“

22. In § 16 Abs. 1, § 17 Abs. 1, den §§ 32 und 33 Abs. 2 Satz 1 werden jeweils

- aa) das Wort „Bundesministers“ durch das Wort „Bundesministeriums“,
- bb) das Wort „Bundesministers“ durch das Wort „Bundesministerium“,
- cc) die Worte „Der Bundesminister“ durch die Worte „Das Bundesministerium“,
- dd) das Wort „Bundesministern“ durch das Wort „Bundesministerien“

ersetzt.

Artikel 2

Neufassung des Gesetzes

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kann den Wortlaut des Sortenschutzgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Arten, von denen Vermehrungsmaterial nachgebaut werden kann:**1. Getreide**

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1.1 | <i>Avena sativa</i> L. | Hafer |
| 1.2 | <i>Hordeum vulgare</i> L. sensu lato | Gerste |
| 1.3 | <i>Secale cereale</i> L. | Roggen |
| 1.4 | x <i>Triticosecale</i> Wittm. | Triticale |
| 1.5 | <i>Triticum aestivum</i> L.
emend. Fiori et Paol. | Weichweizen |
| 1.6 | <i>Triticum durum</i> Desf. | Hartweizen |
| 1.7 | <i>Triticum spelta</i> L. | Spelz |

2. Futterpflanzen

- | | | |
|-----|----------------------------------|-----------------|
| 2.1 | <i>Lupinus luteus</i> L. | Gelbe Lupine |
| 2.2 | <i>Medicago sativa</i> L. | Blaue Luzerne |
| 2.3 | <i>Pisum sativum</i> L. (partim) | Futtererbse |
| 2.4 | <i>Trifolium alexandrinum</i> L. | Alexandrin Klee |
| 2.5 | <i>Trifolium resupinatum</i> L. | Persischer Klee |
| 2.6 | <i>Vicia faba</i> L. (partim) | Ackerbohne |
| 2.7 | <i>Vicia sativa</i> L. | Saatwicke |

3. Öl- und Faserpflanzen

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 3.1 | <i>Brassica napus</i> L. (partim) | Raps |
| 3.2 | <i>Brassica rapa</i> L.
var. <i>silvestris</i> (Lam.) Briggs | Rübsen |
| 3.3 | <i>Linum usitatissimum</i> L. | Lein, außer Faserlein |

4. Kartoffel

- | | | |
|-----|-----------------------------|-----------|
| 4.1 | <i>Solanum tuberosum</i> L. | Kartoffel |
|-----|-----------------------------|-----------|

Bericht des Abgeordneten Dr. Gerald Thalheim

1. Beratungsgang

Der Gesetzentwurf – Drucksache 13/7038 – wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 163. Sitzung am 13. März 1997 dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend sowie dem Rechtsausschuß und dem Ausschuß für Gesundheit mitberatend überwiesen.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner 81. Sitzung am 16. April 1997 beraten und einstimmig keine verfassungsrechtlichen oder rechtsförmlichen Bedenken dagegen erhoben.

Der Ausschuß für Gesundheit hat den Gesetzentwurf in seiner 93. Sitzung am 23. April 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Mitglieds der Gruppe der PDS, dem federführenden Ausschuß empfohlen, bei der Umsetzung des Sortenschutzgesetzes die Belange des Gesundheitsschutzes zu beachten.

Der federführende Ausschuß hat den Gesetzentwurf – Drucksache 13/7038 – in seiner 70. Sitzung am 14. Mai 1997 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf nach Maßgabe der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates (Drucksache 13/7446) in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. (Ausschußdrucksache 13/746 [neu]) anzunehmen.

2. Inhalt der Vorlage

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Sortenschutzgesetzes schafft die Rechtsgrundlagen dafür, die neuen Regelungen des im Jahre 1991 revidierten Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV-Übereinkommen), die eine sachliche Änderung des Sortenschutzgesetzes notwendig machen, in innerstaatliches Recht zu überführen. Darüber hinaus ermöglicht die Gesetzesänderung die Umsetzung der Regelungen der EG-Verordnung über den gemeinschaftlichen Sortenschutz, soweit dies im Hinblick auf eine möglichst einheitliche Schutzrechtswirkung von gemeinschaftlichen und national gewährten Sortenschutzrechten erforderlich ist, in nationales Recht. Folge dieser Rechtsanpassung ist die Aufnahme einer Sortendefinition, einer Regelung für Sorten, die im wesentlichen von einer geschützten Sorte (Ursprungssorte) abgeleitet worden sind, sowie einer Nachbauregelung in das Sortenschutzgesetz.

Notwendige Folgeänderungen des Saatgutverkehrsgesetzes (SaatG), welches für bestimmte Tatbestände

die gleiche Begrifflichkeit wie das Sortenschutzgesetz enthält, müssen einer gesonderten Gesetzesvorlage vorbehalten bleiben, da auf EG-Ebene zur Zeit umfassende materielle Änderungen des Saatgutrechts erörtert werden, die eine baldige Änderung des SaatG erfordern.

3. Beratung im 10. Ausschuß

Bei seinen Beratungen ist der Ausschuß den im Gesetzentwurf angeführten Begründungen (Seite 10 bis 16 der Drucksache 13/7038) im wesentlichen gefolgt und hat die Änderungsvorschläge in der Stellungnahme des Bundesrates als Folgeänderungen der Neufassung, denen die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zugestimmt hat, und die weitergehende Empfehlung der Bundesregierung (Drucksache 13/7446) übernommen.

Von den Koalitionsfraktionen wurde die Notwendigkeit der Rechtsanpassung unterstrichen, denn man wolle ein unterschiedliches Schutzniveau in Europa vermeiden. Auch wurde die damit verbundene Stärkung der Schutzrechte der Pflanzenzüchter begrüßt. Mit der Definition des Begriffes „Sorte“ werde der Anwendungsbereich des Sortenschutzes genauer umrissen. Insgesamt herrsche jetzt mehr Rechtsklarheit. Allerdings sprach man sich gegen die vorgesehene Ermächtigung zur Festlegung von Aufzeichnungsvorschriften für Landwirte und Aufbereiter aus, da sie über die Vorschriften der EG-Verordnung hinausgehe und zusätzlicher bürokratischer Aufwand vermieden werden solle. Ein entsprechender Änderungsantrag (Ausschußdrucksache 13/746 [neu]) zur Streichung von § 10a Abs. 7 Nr. 2 (Artikel 1 Nr. 7) sowie zu einer entsprechenden Folgeänderung in § 10a Abs. 2 Satz 1 (Artikel 1 Nr. 7) wurde einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Seitens der Fraktion der SPD wurde der Gesetzentwurf im wesentlichen begrüßt, ebenso die in dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorgesehene Streichung der Aufzeichnungspflicht für landwirtschaftliche Betriebe (Ausschußdrucksache 13/746 [neu]). Gleichwohl wurde Skepsis insoweit geäußert, als man nicht übersehe, inwieweit angesichts der vorgesehenen Deregulierung die erforderliche Kontrolle und gegebenenfalls Sanktionen erfolgen sollen. Hier erwarte man Schwierigkeiten in der Praxis.

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde bemängelt, daß die geplanten Änderungen lediglich dem von Züchterseite vorgetragenen Änderungsbedarf Rechnung tragen und im übrigen die Konsequenzen für landwirtschaftliche und saatgutaufbereitende Betriebe nicht genügend berücksichtigten. Unterstrichen wurde die Notwendigkeit einer angemessenen Honorierung der langwierigen und kostenin-

tensiven Züchtungsarbeit. Auch aus Gründen des internationalen Wettbewerbs sei eine Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Pflanzenzüchtungsunternehmen anzustreben. Schließlich sollten die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt sowie die Bedürfnisse des ökologischen Landbaus stärker Berücksichtigung finden. Ein entsprechender Entschließungsantrag (Ausschußdrucksache 13/761)

wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS abgelehnt. Unterstützt wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die vorgesehene Streichung der Aufzeichnungspflicht für landwirtschaftliche Betriebe (Ausschußdrucksache 13/746 [neu]).

Bonn, den 14. Mai 1997

Dr. Gerald Thalheim

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333